

Verlags-PA: 2700 Wr. Neustadt;
Aufgabepostamt: 2214 Auersthal
Vertragsnummer: GZ 02Z032657 S

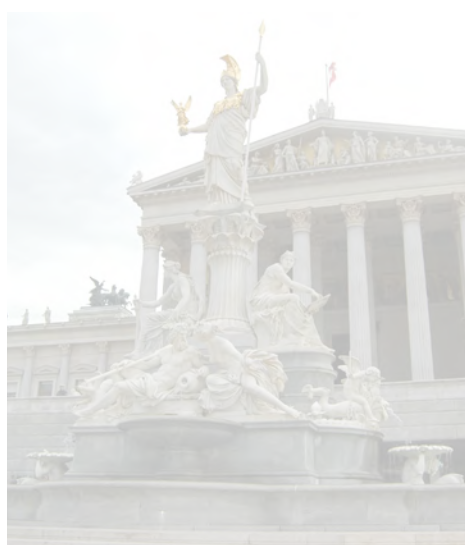
Österreichische Post AG
Sponsoringpost



IGBO- NACHRICHTEN

der Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere

Ausgabe 02/2021



Beispiel AFGHANISTAN:

Verursacht das Primat der Politik ein
Disaster, wenn militärische Grundsätze
nicht beachtet werden?

Wir wollen ernst genommen werden!

**Wir verlangen eine klare politische Entscheidung
für ein einheitliches Besoldungsschema
für alle Offiziere!**



**Die Plattform Wehrpflicht
für ein wehrhaftes Österreich:**

Der 8. Tag der Wehrpflicht 2021 war ein Erfolg!

Schon jetzt den nächsten Termin vormerken: Do, 20. Jänner 2022



Empfänger:

Im AusIE bitte nachsenden; bei Versetzung bitte unter Angabe der neuen Dienststelle an Zustelladresse (Impressum) zurücksenden.

Worte des Präsidenten:

Werte Mitglieder der IGBO! Geschätzte Leserinnen und Leser unserer Mitteilungen!

Wir leben in einer immer schwieriger werdenden Zeit, so meine ich. Nationale Interessen sind zwischenzeitlich so stark geworden, dass Menschenleben augenscheinlich keine Rolle mehr spielen.

Das wirkt sich natürlich auf alle politischen Prozesse aus, weil in Wahrheit niemand mehr da ist, der für Menschenrechte und Freiheit eintreten kann oder will.

Jene Staaten, die vielleicht dazu in der Lage wären, sind genau an diesen Fragen offensichtlich nicht interessiert. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Das bestätigt die alte Weisheit: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.

Dies muss wohl gerade für Österreich ein (politischer) Grundsatz sein, um auf Dauer unsere Demokratie und unser Zusammenleben gewährleisten zu können. Allerdings ohne deshalb unsere Partner vor den Kopf zu stoßen oder sich unsolidarisch zu verhalten.

Dabei ist klar, dass wir dem Prinzip „Primat der Politik“ unterliegen.

Die Politik trifft die Entscheidungen und beschließt jene Gesetze, die wir zu vollziehen haben.

Das bedingt, dass die Politik die Regeln und Grundsätze des Militärs kennt und bei ihren Entscheidungen berücksichtigt.

Militärische Einsätze, die ohne Vorbereitung oder entsprechendem Planungsverfahren stattfinden, sind nämlich meist nicht erfolgreich zu bewältigen. Und Politik, die das Scheitern der eigenen Streitkräfte herbeiführt, kann ja wohl nicht das Ziel sein, oder?

Das hat die IGBO auch in einer Presseaussendung (Seite 3) zu erläutern versucht.

Wir wollen ernst genommen werden.

Es bedarf auch in unserem Hauptanliegen „Einheitliche Einstufung aller Führungskräfte des Bundesheeres in MBO 1“ einer politischen Entscheidung!

Die Offiziere des Bundesheeres sind Führungskräfte!

Sie haben Jahrzehnte hindurch nicht nur ein dreijähriges Studium absolviert. Sie absolvierten (im Gegensatz zu anderen Beamten!) auch eine permanenten Aus- und Weiterbildung. Zwar ohne dadurch einen akademischen Grad zu erlangen, aber nicht minder wertvoll und daher entsprechend zu qualifizieren!

**Daher verlangen wir neuerlich:
- alle Offiziere sind so zu behandeln, als hätten sie zumindest ein reguläres Bachelor-Studium absolviert.**

- alle Offiziere sind daher grundsätzlich in einen einzurichtenden M1-Bachelor-Staffel zu überstellen.

- alle Offiziere, die Arbeitsplätze bekleiden, für die ein Masterstudiengang (z. B. Militärische Führung) Voraussetzung ist, sind als Vollakademiker zu behandeln.

Die IGBO hat für die Bewertungen im Bachelorstaffel (auf Basis des Bachelorstaffels der Allgemeinen Verwaltung) konkrete Vorschläge für die Umsetzung gemacht. Das wurde positiv anerkannt.

Auch die Frau Bundesministerin hat unsere Meinung wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Sie hat sogar die Frage aufgeworfen, warum man die offensichtliche und seit 1990 bestehende Ungleichbehandlung seitens des BMLV nicht schon längst behoben hat?

Die bisher gesetzten Maßnahmen betreffend einiger Absolventen des FH-Masterstudiengang MilFü und deren Überstellung in M1 gehen unserer Meinung nach in die rich-

tige Richtung.

Das ist begrüßenswert, betrifft aber eben nicht alle Berufsoffiziere. Die große Mehrheit wird, ja muss, sich im Vergleich mit der Allgemeinen Verwaltung nach wie vor „ungleich“ behandelt fühlen.

Das wirkt sich vor allem auf unseren so dringend benötigten Nachwuchs aus.

Wir verlieren laufend bestens ausgebildete Führungskräfte an andere Ressorts und die Privatwirtschaft. Es scheint uns nicht mehr leistbar, auf Kosten des Bundesheeres für andere Bedarfsträger auszubilden!

Wenn man etwa den neu einzurichtenden Studiengang für IT-Spezialisten ansieht, dann stellt unserer Meinung nach die derzeit gültige Einstufung als „Maturant“ mit Sicherheit ein deutliches Hindernis bei der Personalgewinnung und vor allem beim Halten des Personals in der Organisation dar.

Eine andere Behandlung dieser Absolventen im Vergleich zu den Absolventen des Studienganges Militärische Führung ist aus unserer Sicht keinesfalls akzeptabel und würde lediglich zu einer Verschärfung der bestehenden Problematik führen. Eine Klärung im Rechtswege wäre dann wohl unausweichlich.

Wir erwarten uns daher eine rasche, gerechte und konsensuale politische Lösung zum Wohle aller Führungskräfte des Bundesheeres und damit unserer Heimat!

TREU BIS IN DEN TOD!

Ihr
Dr. Siegfried Albel, Obst i.R.

www.igbo.at
www.wehrhaftes-oesterreich.at

**Presseaussendung
vom 26. August 2021:**

**Unsere Qualifikation muss
anerkannt werden**

**Offiziere müssen ein Studium
vorweisen können**

Militärische Aktionen werden grundsätzlich nur aufgrund politischer Entscheidungen durchgeführt.

Nachdem die politische Entscheidung für den Einsatz militärischer Kräfte getroffen worden ist, startet die (militärische) Planung der Aktion. Dazu braucht es entsprechende Zeit, um alle für die Aktion erforderlichen Ressourcen bereit zu stellen und die zeitlichen Abläufe (auch für Zuständigkeiten anderer) festzulegen. Ist eine politische Entscheidung absehbar, kann der Planungsprozess des Militärs zum Zeitpunkt der getroffenen Entscheidung bereits abgeschlossen sein und die Umsetzung sofort beginnen.

Daraus ist abzuleiten: Die Politik muss der Komplexität entsprechend entscheiden, dem Militär

die erforderliche Zeit für die Planung militärischer Einsätze zugestehen und dies bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen. Passiert das nicht, so können daraus gravierende Fehler resultieren.

Seitens des Militärs sollten erwartbare Entscheidungen frühzeitig erkannt und durch Planung mögliche Einsätze entsprechend vorbereitet werden. Alarm- und Einsatzpläne für alle denkbaren und wahrscheinlichen Fälle sind notwendig. Unvorbereitet zu sein, wäre jedenfalls ein Fehler.

Bewertet man aktuelle Geschehnisse (z. B. Afghanistan) unter diesen Aspekten, so werden uns sowohl die Richtigkeit der oben getroffenen Aussagen als auch die Folgen von Versäumnissen deutlich vor Augen geführt.

Wir erwarten daher, dass man sich in Österreich der Verantwortung bewusst ist und sachlich richtig mit allen Einsatzorganisationen umgeht, besonders mit dem Bundesheer!

Das bedeutet für uns auch die

**Anerkennung der Qualifikation
unserer Führungskräfte!**

Über 80 junge Menschen haben gerade die Berufsoffiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie begonnen und müssen nach Abschluss ihres Studiums natürlich ihrer Qualifikation entsprechend eingestuft werden. Das gilt für den Ausmusterungsjahrgang 2021 ebenso wie für alle älteren Jahrgänge.

Das Verharren in bisherigen Gepflogenheiten ist nicht länger zu akzeptieren, weil es den Beruf unattraktiv macht und dem Ansehen des Bundesheeres schadet.

**Wir erwarten uns und ersuchen
darum, die notwendige politische
Entscheidung in dieser Frage zu
treffen, ehe es zu spät ist.**

Anmerkung:

Ein kameradschaftliches „Grüß Gott“ den Studierenden des neuen ersten Jahrganges! Wir wünschen Ihnen viel Erfolg für das Studium und die Ausbildung zum Berufsoffizier / zur Berufsoffizierin!



**Der ÖBV
Unfallschutz**

**Ihr Lächeln-
für uns
unbezahlbar.**

**Wir machen den Unfallschutz
für Sie bezahlbar:**

Denn Ihr Lächeln liegt uns am Herzen.

Nähere Infos auf www.unfallschutz.at

- > Flexible Lösungen für jede Lebensphase
- > Leistungen als Bausteine individuell wählbar
- > Bis zu 600 % Leistung bei dauernder Invalidität

Weitere Produktinformationen finden Sie in den Basisinformationsblättern unter www.oebv.com/bib.

Zum Glück gibt's die ÖBV. www.oebv.com

Bundesheer investiert fast 100 Millionen Euro in Oberösterreich

Von nachrichten.at/apa
25. August 2021 14:08 Uhr



Am Mittwoch wurde zugesichert, dass die noch zu beschaffende Nachfolge der Hercules-Transportflugzeuge ebenfalls am Fliegerhorst Vogler in Hörsching stationiert wird. (Bild: „Kfor-Soldaten“ gelandet von Weibold)

LINZ/WIEN. Das Bundesheer wird in den kommenden Jahren fast 100 Millionen Euro in Infrastruktur in Oberösterreich investieren. Zudem gibt es eine Standortgarantie für die Transportflugzeuge und Hubschrauber am Flughafen Hörsching sowie die Panzergrenadiere in Ried im Innkreis. Das kündigten Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Landeshauptmann Thomas Stelzer (beide ÖVP) am Mittwoch in Linz an.

Die Zusicherungen des Bundesheeres sind in einer „Schutz- und Hilfe-Partnerschaft für Oberösterreich“ fixiert, die in Linz unterzeichnet wurde. Demnach wird die Panzergrenadiertruppe in Ried erhalten bleiben. Um ihr adäquate Voraussetzungen bieten zu können, werden rund 50 Millionen für die Modernisierung dieses Standortes in den kommenden fünf Jahren ausgegeben. Für die Renovierung und Modernisierung der Kaserneninfrastruktur in Oberösterreich sollen weitere 30 Millionen aufgewendet werden. Für das Amtsgebäude Garnisonsstraße in

Linz, in dem sich die Stellungsstraße befindet, sind Investitionen von zehn Millionen Euro vorgesehen.

In der Partnerschaft ist zudem zugesichert, dass die noch zu beschaffende Nachfolge der Hercules-Transportflugzeuge ebenfalls am Fliegerhorst Vogler in Hörsching stationiert wird. Dort soll sich auch weiterhin einer der Schwerpunktstandorte der Hubschrauber des Bundesheeres befinden. Somit soll er auch für neue derartige Fluggeräte Heimat sein. Hörsching soll weiters bis 2023 eine erste autarke Kaserne in Oberösterreich als Anlaufstelle für zivile Behörden und Blaulichtorganisationen werden.

SPÖ: „Wahlkampf-Inszenierung“

SPÖ-Klubvorsitzender Michael Lindner hat den Verdacht, dass das „unverbindliche Partnerschaftspapier“ eine „Wahlkampf-Inszenierung“ sein könnte und forderte: „Die Versprechen müssen halten.“ Denn die Sanierungs- und Modernisierungspläne seien „seit Jahren überfällig. Es scheint, dass erst der vorbildliche Bundesheer-Einsatz in der Coronakrise den Verantwortlichen in Erinnerung gerufen hat, dass sie dem Heer über Jahre hinweg adäquates Arbeitsgerät und zeitgemäße Arbeitsplätze verweigern“, so Lindner. Er mahnte auch bessere Arbeitsbedingungen ein, um gutes Personal zu halten.

FPÖ ortet „Alibi-Vertrag“

Auch der Landtagsabgeordnete Michael Gruber (FPÖ) ortete einen „Alibi-Vertrag“ und eine „PR-Blendgranate“. Aber grundsätzlich sei jede Investition in das Bundesheer und die Sicherheit Oberösterreichs begrüßenswert. Es würden nun Projekte umgesetzt, die bereits unter FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek auf den Weg gebracht worden seien, so Gruber. Er warf der ÖVP „bewusstes Verzögern“ vor, „denn sonst hätte man zuvor die Standortgarantie nicht infrage gestellt und die Soldaten verunsichert, sondern gleich investiert.“

Rechteinhaber: apa.at (entn. OÖ-N)

Anmerkung der Redaktion:

Warum kann man - wenn man in der Sache augenscheinlich einig ist - politischen Konsens und eine gute Entscheidung nicht auch so benennen?????

Zur Frage der Autarkie:

Autarkie ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Privathaushalts, einer Region oder eines Staates durch die vollständige oder teilweise Selbstversorgung mit Gütern und Dienstleistungen

Das Ziel der Autarkie ist oft nur unter Wohlstandsverlusten erreichbar, da viele Güter im Inland nicht oder nur mit höheren Kosten produziert werden können. Der Wohlstandsverlust des autarken Landes wirkt sich wegen der Reduzierung der internationalen Arbeitsteilung auch auf andere Länder ungünstig aus. Trotzdem strebten in der Vergangenheit und streben auch in der Gegenwart viele Staaten eine Selbstversorgung an, beispielsweise mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder in der Energieversorgung (partielle Autarkie), um etwa im Kriegs- oder Krisenfall von Importen unabhängig zu sein.[93]

Einige Länder der Erde sind aufgrund ihrer Größe und ihrer Bodenschätze oder ihrer sozioökonomischen und kulturellen Eigenheiten befähigt, in großem Maße wirtschaftlich autark sein zu können. Dazu zählen beispielsweise die USA, Russland und China. Allerdings gibt es heute kein Land auf der Welt, das nicht bestimmte Güter in andere Länder ausführt oder aus anderen Ländern einführt. Das Streben eines einzelnen Staates nach vollständiger Autarkie, egal ob freiwillig oder erzwungen, führt unweigerlich zu einer Isolation.[94] (Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Autarkie>)

Folgt man den zitierten Ausführungen, kann es also meist für Privathaushalte, Regionen oder Staaten nur darum gehen, weitestgehend autark zu werden. Eine völlige Autarkie scheint vor allem in einer globalen Welt nicht möglich. Was kann man also machen, um „weitestgehend“ autark sein zu können?

Richtig: Man kann Umfassende Landesverteidigung ernst nehmen!

Das bedeutet, dass man nicht „von der Hand in den Mund“ lebt, dass man vorbereitet ist, dass man Vorräte hat, dass man weiß, was man in bestimmten Situationen tun muss, um handlungsfähig zu sein und überleben zu können.

Das gilt für Haushalte genau so wie für Gebiete und Staaten oder Unternehmen. Die derzeitigen Behinderungen bestimmter Industriezweige durch Engpässe bei elektronischen Bauteilen führt uns das wohl deutlich vor Augen.

Wie aber sieht es innerhalb eines Staates mit dessen Einsatzkräften aus? Was ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass diese überhaupt eingesetzt werden können?

Richtig, es ist deren Autarkie!

Einsatzkräfte müssen in der Lage sein, ihre Fahrzeuge uneingeschränkt zu bewegen, ihre Kommunikation zu gewährleisten und das eingesetzte Personal mit allem Notwendigen zu versorgen.

Das bedarf einer klaren Regelung, abgestimmter Zuständigkeiten und entsprechender Vorbereitung. Es hilft dem Bundesheer nämlich nicht, wenn etwa unsere Tanklager durch Rettungsdienste oder Feuerwehren aufgebraucht werden. Es bedarf in dieser Frage einer vorausschauenden Planung und der Festlegung von Kontingenten, auch wenn man diese dann der Lage angepasst und flexibel verbraucht.

Es scheint zwar klug zu sein, Vorräte für alle Bedarfsträger dort zu lagern, wo der Zugriff darauf leicht regelbar ist und gut kontrolliert erfolgen kann - in Kasernen des Bundesheeres.

Es ist aber nicht alleine damit getan, Kasernen als Autarkieinseln festzulegen. Es erfordert die Beurteilung und vorausschauende Regelung einer erwartbaren und komplexen Situation, um im Bedarfsfall tatsächlich gut vorbereitet zu sein.

Das sollten alle mit der Frage der Autarkie unserer Einsatzorganisationen befassten Stellen bedenken, um damit erfolgreich sein zu können.

Das Bundesheer im Umbruch: Interview mit Generalstabschef Robert Brieger

Quelle: <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/das-bundesheer-im-umbruch-interview-mit-generalstabschef-robert-brieger-107455738>;
Von Alexander Purger (02.08.2021)

Was sind die größten Bedrohungen für Österreich? Wie weit ist die Suche nach Alternativen zu den Eurofightern gediehen? Generalstabschef Robert Brieger gibt im SN-Gespräch Auskunft. Generalstabschef Robert Brieger sieht die österreichischen Streitkräfte zurzeit vor allem im Inland gefordert. General Robert Brieger ist seit 2018 Generalstabschef des österreichischen Bundesheeres. Im kommenden Jahr wechselt er an die Spitze des EU-Militärausschusses.

SN: Herr General, was bedeutete die Coronakrise für das Heer?

Brieger: Da gab es zwei Seiten. Wir haben der Bevölkerung gegenüber einen Leistungsnachweis erbringen können, der uns viel Anerkennung eingebracht hat. Auf der anderen Seite konnten die Soldaten, die sich im Coroneinsatz befanden, militärisch nicht voll ausgebildet werden, was unserer Kernaufgabe der Landesverteidigung abträglich ist.

SN: Was kann man dagegen unternehmen?

Brieger: Wir versuchen, mit dem Modell „Mein Dienst für Österreich“ gegenzusteuern. Rekruten können sich - übrigens zu sehr guten finanziellen Konditionen - für drei weitere Monate für einen Assistenzeinsatz verpflichten, sodass wir die sechs Monate Grundwehrdienst wieder voll für die militärische Ausbildung nutzen können. Das Modell wird recht gut angenommen. Und wir versuchen, diese jungen Männer anschließend auch für freiwillige Milizübungen oder für eine Milizkarriere zu gewinnen.

SN: In welchem Zustand ist das Heer insgesamt?

Brieger: Das Bundesheer befindet sich in einem Transformationsprozess. Nach dem Ende des Kalten Krieges waren die Streitkräfte eher auf Auslandseinsätze ausgerichtet. Jetzt sehen wir uns mit einer

umfassenden Bedrohungslage konfrontiert und richten unser Hauptaugenmerk auf den Schutz Österreichs.

SN: Was sind Ihrer Ansicht nach die größten Bedrohungen?

Brieger: Das sind die sogenannten hybriden Bedrohungen unterhalb der Schwelle konventioneller Kriege, die aber im Stande sind, die Sicherheit und Stabilität eines Staates massiv zu gefährden: illegale Migration; transnationaler Terrorismus; lokale Konflikte von der Ukraine über den Nahen und mittleren Osten bis Afrika, die alle Auswirkungen auf Europa und auch auf Österreich haben; oder die Gefahr eines Blackout. Und die große Gefahr ist, dass mehrere dieser Ereignisse gleichzeitig passieren. Das würde unsere Ressourcen sehr stark fordern und überfordern.

SN: Was sind daher die Ziele?

Brieger: Unsere Leitlinie für die Streitkräfteentwicklung lautet: Wir wollen eine glaubwürdige Antwort auf die subkonventionellen Bedrohungen geben können. Wir wollen aber auch für die konventionelle Landesverteidigung zumindest einen Fähigkeitskern erhalten. Und daneben wollen wir auch einen Beitrag für eine künftige europäische Verteidigung leisten.

SN: Sie sind designierter Vorsitzender des EU-Militärausschusses. Glauben Sie, dass wir noch eine gemeinsame europäische Armee erleben?

Brieger: Wenn wir sehr alt werden, vielleicht! (lacht) Das ist eine sehr langfristige Zielsetzung. Eine Armee eines Staatenbundes ist ein schwieriges Konstrukt. Denn das wesentliche Merkmal von Streitkräften ist es ja, dass sie National- oder Bundesstaaten zugeordnet sind. Das heißt, aus dem Staatenbund Europäische Union müsste zuvor ein Bundesstaat werden, und das ist wirklich noch sehr weit weg. Erst dann wäre eine gemeinsame Armee selbstverständlich.

SN: Und bis dahin?

.....
(Vorname, Name)

.....
(Dgr/Berufstitel/akad. Titel)

.....
(Straße)

.....
(PLZ, Ort)

.....
(Sozialversicherungsnummer)

Email:

.....
(Dienststelle/-Geber)

.....
(Straße/Dienstadresse)

.....
(PLZ, Ort/Dienstadresse)

.....
(Ausmusterungsjahr)

Geburtsort:

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre freiwillig und ohne Beeinflussung meinen rechtsverbindlichen Beitritt zur Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO) und stimme der elektronischen Verarbeitung meiner oben angeführten Daten zu.

Ich sage zu, mich auf der Homepage der IGBO (www.igbo.at) als Nutzer zu registrieren. Die dort publizierten Statuten werde ich zur Kenntnis nehmen und erkläre, die darin festgelegten Satzungen einhalten zu wollen.

Mir ist bekannt, dass meine Beitrittserklärung erst durch die Annahme seitens des Vorstandes der IGBO und der Mitteilung darüber rechtswirksam wird.

Ich erkläre, dass (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

- ich bereits Mitglied des ÖGB bin (Mitgliedsnummer:
- ich Mitglied des ÖGB werden und eine Beitrittserklärung dazu von der IGBO erhalten will.
- ich momentan noch nicht Mitglied des ÖGB werden will.

Ferner sage ich zu, Änderungen meiner Daten rasch bekannt zu geben.

....., am.....

.....
(Unterschrift)

Empfänger: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO),
Burgplatz 1, 2700 WR. NEUSTADT
Zustelladresse: Obmann Obst i.R. Dr.Siegfried Albel MSc MSD,
Zur Kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl

Bearbeitung durch den Vorstand der IGBO:

Eingelangt am:

Annahme: ja/nein

Unterschrift:

Brieger: Bis dahin muss man versuchen, die 27 Streitkräfte zu harmonisieren, gemeinsame Rüstungs- und Ausbildungsprojekte durchzuführen und Synergien zu nutzen. All das sind kleine Schritte in die richtige Richtung. Aber bis zu einer gemeinsamen europäischen Armee wird es noch sehr lange dauern.

SN: Ist der Verkauf der österreichischen Eurofighter an Indonesien noch aktuell?

Brieger: Ja, da gibt es weiterhin Verhandlungen. Allerdings hat Indonesien ein Leistungsprofil definiert, dem die österreichischen Eurofighter nicht 1:1 entsprechen. Ungeachtet dessen laufen die Kontakte weiter.

SN: Wird an Alternativen zum Eurofighter gearbeitet?

Brieger: Wir haben im Auftrag der Ressortleitung an alle EU-Mitgliedsstaaten plus Schweiz, Norwegen, USA und Kanada ein Schreiben hinsichtlich einer alternativen Flotte für die Luftraumüberwachung gerichtet und gefragt, ob diese Staaten uns Flugzeuge anbieten können. Da kamen einige Vorschläge zurück. Aber konkrete Schritte sind daraus derzeit nicht ableitbar.

SN: Soeben wurde wieder eine Reform des Verteidigungsministeriums eingeleitet. Was ist das Ziel?

Brieger: Ziel ist es, kurz gesagt, die Zentralstelle personell zu verkleinern, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und die Entscheidungsabläufe zu beschleunigen. Dafür wird es eine neue Organisationsstruktur geben, die mit April 2022 eingenommen werden soll. Und die dann hoffentlich etliche Jahre so bleibt.

SN: Wird die Reform der Kommandoebene Arbeitsplätze in Salzburg kosten?

Brieger: Nein, ganz im Gegenteil. Es wird sogar überlegt, bestimmte Aufgaben, die bisher in Wien wahrgenommen wurden, in die Bundesländer auszulagern. Die Führung der Luftstreitkräfte wird in Salzburg bleiben, es ändert sich nur die Bezeichnung: Sie heißt dann Direktion 2.

AUSMUSTERUNG 2021

Quelle: www.thermilak.at

*Die Ausmusterung bildet den Abschluss der insgesamt vier-jährigen Ausbildung zum Berufsoffizier. Für die Angehörigen des Jahrganges „Dragoneregiment 7“ erfolgen am **Freitag, den 8. Oktober 2021**, in einer gemeinsamen akademischen und militärischen Feier die Verleihung des akademischen Grades „Bachelor of Arts in Military Leadership“ sowie die Beförderung zum Leutnant. Ein stimmungsvoller Festakt am Maria-Theresien-Platz dient der Verabschiedung des Jahrganges von der Militärakademie. Dabei erfolgt auch die Übergabe der Offizierssäbel.*

BESONDERE SITUATIONEN ERFORDERN BESONDERE MASSNAHMEN!

Die Ausmusterung und der „Tag der Leutnante“ sind die wichtigsten Ereignisse im Jahresablauf der Militärakademie. Sie erfreuen sich immer einer hohen Besucheranzahl.

Gemäß der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sind bei Veranstaltungen zur Eindämmung der weiteren Verbreitung des Corona-Virus (Covid-19) besondere Maßnahmen erforderlich.

Die Gesundheit der Teilnehmer ist uns wichtig! Um diese nicht zu gefährden, wird die „Ausmusterung 2021“ als nicht-öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Die Teilnahme an den Feierlichkeiten ist ausschließlich mit Einladung möglich.

Die Einladungen werden Anfang September zugesandt werden. Die Einladung gilt für 1 Person und ist nicht übertragbar. Die Einladung gilt als Zutrittskarte und ist deshalb beim Einlass vorzuweisen. Für die Teilnahme ist ein 3G-Nachweis zwingend erforderlich! In bestimmten Bereichen (z.B. Zugang zur Veranstaltung) kann

auf Grund baulicher Gegebenheiten das Einhalten des erforderlichen Mindestabstandes nicht sichergestellt werden. In diesen Bereichen ist daher ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Es wird ersucht einen eigenen Mund-Nasen-Schutz mitzubringen. Aus organisatorischen Gründen ist ein Eintreffen am Einlass spätestens 20 Minuten vor Beginn des Festaktes erforderlich. Um auch Personen, die nicht bei der Veranstaltung anwesend sein können, eine Teilnahme zu ermöglichen, ist eine online Liveübertragung des Festaktes zum „Tag der Leutnante“ geplant. Nähere Informationen dazu werden Sie zeitnah hier finden. Natürlich werden wir auch auf unserer Homepage und unserem Facebook-Account umfassend berichten.

Den Angehörigen des Ausmusterungsjahrganges

DRAGONER-REGIMENT „HERZOG VON LOTHRINGEN“ NR. 7

gratuliert Die IGBO zum erfolgreichen Abschluss des Studiums und der Ausbildung zum Berufsoffizier / zur Berufsoffizierin sehr herzlich!

Wir freuen uns darauf, Sie in unserem Korps als willkommene Verstärkung und Verjüngung aufnehmen zu dürfen.

Jene, die bisher schon als „förderndes Mitglied“ an der IGBO mitwirkten, werden mit der Ausmusterung automatisch „ordentliches Mitglied“. Dazu gratulieren wir ebenfalls und danken für Ihre Treue!

Ihnen allen viel Glück und Erfolg bei Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit im Bundesheer und auch in Ihrem Privatleben. **Wir sind gemeinsam mit Ihren Angehörigen und Freunden Stolz auf Sie!**

5. ordentliche Generalversammlung der Plattform Wehrhaftes Österreich

Am 30.08.2021 fand in Wien die 5. ordentliche Generalversammlung der Plattform Wehrhaftes Österreich statt.

Die Plattform, die aus der Initiative zur Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht in Österreich entstand und von 5 Organisationen gegründet wurde, ist zwischenzeitig auf Vereinsbasis organisiert und auf 19 Mitgliedsorganisationen angewachsen.

Daraus resultieren etwa 250.000 Personen und deren Angehörige, die so vertreten werden.

Der Sprecher der Plattform, Bgdr Mag. Cibulka, Präsident der ÖOG, konnte in seinem Tätigkeitsbericht über die letzten zwei Jahre besonders auf die Erfolge der Tage der Wehrpflicht 2020 und 2021 verweisen.

Die bei diesen Veranstaltungen behandelten Themen „Umfassende Landesverteidigung“ (2020) und „Haben wir die richtigen Antworten auf aktuelle Bedrohungen?“ (2021) sind heute aktueller denn je und müssen natürlich zu entsprechenden Konsequenzen führen.

Das scheint - so berichtete der Generalsekretär der Plattform, Bgdr Dr. Fender, in Teilen auch bereits der Fall zu sein.

So habe man, wohl auch durch Versorgungsfragen während der Einschränkungen in Zusammenhang mit der Pandemie beeinflusst, im Wirtschaftsministerium Konzepte zu einer Bewirtschaftung entworfen.

Auch im BMLV sind ja durch die Sicherheitsinseln entsprechende Schritte eingeleitet.

Was aber das Bildungsministerium anlangt, seien noch keine konkreten Schritte zu einer verantwortungsbewussten Umsetzung der GLV (geistige Landesverteidigung) erkennbar.

Das wird von den Delegierten als Mangel angesehen und Bedarf nach allgemeiner Meinung dringend einer Korrektur.

Wie in dieser Frage weiter vorzugehen ist, wird Thema der künftigen Präsidiumssitzungen sein.

Die Finanzierung aller Tätigkeiten erfolgt durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie Zahlungen der 5 Gründungsmitglieder. Letztlich entlasteten die Delegierten nach Bericht des Kassiers und des Revisors das Präsidium einstimmig und bedankten sich für die geleistete Arbeit mit Applaus.

Im inoffiziellen Teil der Veranstaltung nutzten alle Anwesenden die Gelegenheit zu Gesprächen und Diskussionen. Es konnten zahlreiche direkte Kontakte geknüpft werden.

Die IGBO war durch den Präsidenten und den Schriftführer vertreten und konnten mit einem Juristen die Lage der Berufsoffiziere hinsichtlich der bestehenden Ungleichbehandlung ausführlich erörtern.

Dabei konnten verschieden rechtliche Aspekte thematisiert werden und wurde seitens unseres Kameraden auch eine konkrete Prüfung zugesagt. Die Einbettung der IGBO in der Plattform erweist sich daher als zweckmäßig.

Wünsche eines Soldaten

- Ich wünsche mir, dass man sich darüber im Klaren ist, wozu man Soldaten braucht und einsetzt.

- Ich wünsche mir, dass man meine Sprache versteht. Kommanden sind Kommanden und Direktionen sind Direktionen. Wie aber kann man wissen, wann man Direktor oder wann man Kommandant ist? Brauchen nicht auch Direktoren einen Kommandanten?

- Ich wünsche mir, dass man im BMLV wie auch in anderen Ministerien versteht, dass man nicht „Kommandant“ ist, sondern Service- und Kontrollstelle der ausführenden Organe. Denn an diesen liegt es, Gesetze durchzusetzen. Ohne ausführende Organe wären alle anderen obsolet oder zumindest unwirksam. Und niemand sonst riskiert Leben und Gesundheit.

- Ich wünsche mir, dass die laufende Reform der Zentralstelle so lange die letzte ist, so lange es nicht nachweisbar die Notwendigkeit gibt, etwas zu ändern. Denn ich möchte gerne arbeiten und nicht ausschließlich reformieren.

Anmerkung:

Diese Meinungen wurde mehrfach an die IGBO herangetragen und redaktionell als Wunsch formuliert. Die Publikation erfolgt, weil die daraus ableitbaren Sorgen unserer Meinung nach zurecht bestehen und bedacht werden sollten.



**Wir haben am Grab
unseres Gründers Bgdr
Raimund Gumpold in
dankbarer Erinnerung
einen Kranz niedergelegt.**

Impressum:

Herausgeber: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO)
Medieninhaber: Obmann Oberst i.R. Dr. Siegfried Albel, M.Sc. MSD
Alle: c/o Burgplatz 1, 2700 Wiener Neustadt; **Zustelladresse:**
Zur kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl
DVR.: 0651346; ZVR-Nr.: 282799835; **www.igbo.at**
Verlagspostamt: 2700 Wr. Neustadt; Aufgabepostamt: 2214 Auersthal;
Vertragsnummer: GZ 02Z032657 Sponsoring Post
Druck: Riedeldruck G.m.b.H., 2214 Auersthal